

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Vermietung des ehemaligen Krankenhauses vom Roten Kreuz in Stuttgart Bad Cannstatt an das Land Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wurde die oben genannte Immobilie dem Land zur Miete angeboten?
2. Durch wen wurde die Immobilie dem Land zur Miete angeboten?
3. Ab welchem Zeitpunkt liefen konkrete Gespräche bzw. Vertragsverhandlungen zwischen ihr und dem DRK-Landesverband bezüglich einer Anmietung des Gebäudes für eine Nutzung als Maßregelvollzug?
4. Wer genau nahm an diesen Gesprächen von Seiten der Landesregierung und des DRK Baden-Württemberg bislang teil?
5. In welchem Stadium befinden sich aktuell die Vertragsverhandlungen bezüglich einer Anmietung des ehemaligen Krankenhauses vom Roten Kreuz durch das Land (unter Angabe des Mietbeginns und der Miethöhe)?
6. Mit welchen voraussichtlichen Umbaukosten rechnet die Landesregierung für die geplante Nutzung des Objekts als Maßregelvollzug?
7. Seit wann wusste die Präsidentin des DRK-Landesverbands von der Suche der Landesregierung nach neuen Standorten für den Maßregelvollzug in Baden-Württemberg?
8. Seit wann wusste die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung vom Beteiligungsverfahren (Start am 20. März 2025) zur künftigen Nutzung des ehemaligen Rot-Kreuz-Krankenhauses in Bad Cannstatt für den Maßregelvollzug?
9. Inwieweit war die Staatsrätin persönlich in die Konzeption und Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens für den geplanten Maßregelvollzug involviert?
10. Inwiefern besteht ein Interessenskonflikt für die Staatsrätin (zuständig für eine breite und zunächst ergebnisoffene Bürgerbeteiligung), während Sie als DRK-Spitzenvertreterin ein Interesse an einer wirtschaftlich rentablen Vermietung der DRK-Immobilie haben muss?

31.3.2025

Haag FDP/DVP

Begründung

Im Jahr 2024 wurde bekannt, dass das Land Baden-Württemberg am Standort Stuttgart Bad Cannstatt (ehemaliges Krankenhaus vom Roten Kreuz, Badstraße 35-37) eine Klinik für forensische Psychiatrie als neue Einrichtung im Maßregelvollzug des Landes errichten will. Dafür würde das Land das Gebäude vom DRK-Landesverband (Eigentümer) mieten. An den Verhandlungen dazu war auch die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung der Landesregierung beteiligt – in ihrer Funktion als Präsidentin des DRK-Landesverbandes Baden Württemberg. Seit 2018 hat sie dieses Ehrenamt inne. Die Kleine Anfrage will Hintergründe zu den Verhandlungen sowie zu einem möglichen Interessenkonflikt der Staatsrätin erfragen.